

Globalisierungskritik auf Höhe der Zeit

Nichts ist so beständig wie der Wandel!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

Hintergrund

- Freiheit vs. Egoismus – 2 –
- Don't Gas the World – 3 –
- Das Geld gehört uns allen! – 4 –
- Proteste in Frankreich – 5 –
- EU-Mercosur-Abkommen – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- Friedenspolitische Webinarreihe – 9 –
- Aufstehen gegen Rassismus – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Bildungsmaterial im Attac-Shop – 11 –

Die Krisen der letzten Jahre haben unsere Gesellschaft gehörig durchgerüttelt: Der Zusammenbruch der globalen Lieferketten während der Corona-Pandemie zeitigte ungeahnte Auswirkungen auf die Wirtschaft, der Überfall Russlands auf die Ukraine verschärfte die ohnehin virulente Energiekrise. Was bedeutet das für die Globalisierung? Schreitet sie unaufhaltsam weiter voran oder stagniert sie? Stehen wir vor einer Phase der Deglobalisierung, oder findet schlicht eine Neujustierung der globalen Produktions- und Lieferketten statt? Fragen, die hitzig in Talkshows, im Bekanntenkreis und auch innerhalb von Attac diskutiert werden.

Wie die Globalisierungsdynamik aktuell einzuschätzen ist, wie sie sich in den letzten

20 Jahren verändert hat und was dies für das Attac-Netzwerk bedeutet, war Gegenstand des Attac-Projekts »Globalisierungskritik fortschreiben«, das im Sommer 2021 startete. Organisiert von einer gewählten Moderationsgruppe fanden seither viele Diskussionsveranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten statt. Die Ergebnisse wurden in dem Positionspapier »Globalisierungskritik neu denken« zusammengefasst und vom Attac-Ratschlag im April diskutiert (siehe auch attac.de/globalisierungskritik-fortschreiben).

Wie bei einem so umfassenden Papier zu erwarten, wurde zu etlichen Punkten weiterer Diskussionsbedarf angemeldet. Denn das Papier greift nicht nur Positionen aus der

Gründungsphase von Attac auf, wie die Forderung nach Regulierung der Finanzmärkte, sondern formuliert auch Themen, die vor 20 Jahren weniger im Fokus standen, wie zum Beispiel Klimagerechtigkeit. So tragen wir mit unserer Globalisierungskritik den veränderten Verhältnissen Rechnung.

In den nächsten Monaten werden wir deshalb intensiv daran arbeiten, zu den strittigen Positionen Konsense zu finden, damit das Papier auf dem Ratschlag im Oktober 2023 gemeinsam verabschiedet werden kann. Denn nicht nur Globalisierung verändert sich – auch Attac bleibt wandlungsfähig!

Thomas Eberhardt-Köster ist Mitglied im Attac-Koordinierungskreis.

Freiheit meint nicht Egoismus

Wie bestimmte Diskurse Zukunft verbieten

Verbale Attacken auf Akteur*innen, die sich für wirksame Maßnahmen zum Schutz des Klimas einsetzen, häufen sich. Es wird über »Verbotspolitik« lamentiert, wenn vorgeschlagen wird, an einem einzigen Wochentag in öffentlichen Einrichtungen nur vegetarisches Essen anzubieten. Parteien, die sich für die Abschaffung einer Technologie einsetzen, die die Gefahr eines größten Anzunehmenden Unfalls (GAU) birgt, werden als »Verbotsparteien« bezeichnet. Auch Pläne für ein Tempolimit werden als »Verbote« diffamiert. Bei aller Ferne zu Parteien lohnt es sich angesichts des zunehmend aggressiven Diskurses von sich meist selbst als liberal verortenden Kräften, einen Blick auf den Stil solcher Kampagnen zu werfen. Denn es geht dabei auch um die Freiheit – die die sogenannten Liberalen durch solche Vorschläge in Gefahr sehen.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte inzwischen recht deutlich: Mangelnde Anstrengungen zum Schutz des Klimas verletzen die Freiheitsrechte junger Menschen und künftiger Generationen. Wo über Klimaschutz debattiert wird, sollte also schon allein auf dieser Basis zentral (auch) der Wert der grundgesetzlich geschützten Freiheit betont werden.

Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung: Diese und weitere unverbindliche Schöpfungen aus dem liberalen Sprachfundus führen, wo es um den Schutz des Klimas geht, zumindest auf absehbare Zeit nicht dazu, dass die notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor dem Klimakollaps eingeleitet werden. Stattdessen führen die Gewohnheiten der Reichsten, die den größten Handlungsspielraum zur Reduktion ihres CO₂-Verbrauchs hätten, weiterhin zu einem überproportional hohen Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases – das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist allein für 15 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Letzteres kann als Hintergrund der gegenwärtigen Kampagnen gegen Klimaschutz verstanden werden. Freiheit wird offenbar allein in Sachwerten gemessen: Nur (wachsender) Besitz sichert sie angeblich, und dieser wäre daher besonders schützenswert. Um persönliche Freiheit sowie um gesellschaftliche Liberalisierung geht es in diesen Diskursen allerdings nicht – gegen das Tanzverbot an religiösen Feiertagen oder den Versuch, gendgerechte Sprache zu verbieten, for-



Foto: Stephanie Handtmann

mieren sich keine ähnlich aggressiven Kampagnen.

»Verbotsparteien« gibt es jedenfalls allenthalben – und im Prinzip ist dies gut so: Jenseits des Neoliberalismus gab (und gibt) es einen Konsens, dass Gemeinschaften für ein faires und friedliches Miteinander ihr Gemeinwesen regulieren müssen. Das bedeutet, dass allgemeinschädliches Verhalten nicht in Ordnung ist und wir es uns deshalb allen verbieten. Diesem zentralen Wert der Aufklärung, wie ihn Immanuel Kant als kategorischen Imperativ formuliert hat, folgen demokratische Rechtsstaaten noch heute. Dieser Anspruch äußert sich durch Regulierungen, die seit langem zur Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten sowie heute auch zum Schutz des Individuums vor entfesselten Kräften der Märkte gebraucht werden.

In den gegenwärtigen Kampagnen gegen demokratische Regulierung – sogenannte »Verbote« – geht es schlichtweg um ein bestimmtes Framing, in dem Maßnahmen zum Schutz jüngerer Menschen und künftiger Generationen zu vermeintlichen Bedrohungen für die Freiheit umgedeutet werden. Umfragen zeigen demgegenüber durchaus, dass eine Mehrheit der Bevölkerung konsequente

Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit und zum Schutz der natürlichen Ressourcen will. Hierzu bedarf es eines wirksamen Umsternens, das gemäß dem jüngsten Bericht des Weltklimarats nicht mehr aufgeschoben werden kann. Wir brauchen sofortige drastische Maßnahmen, zu denen insbesondere das Verbot klimaschädlicher Praktiken und Subventionen gehört.

Wer sich dafür einsetzt, darf nicht auf die diskursvergiftenden Kampagnen konservativer und »liberaler« Kräfte gegen »Verbote« hereinfließen. Stattdessen gilt es, über umfassende und nachhaltige Freiheit zu sprechen: Wir müssen mehr schaffen, als gegenwärtige Gewohnheiten und bestehenden Besitz für besonders schützenswert zu erachten.

Zukunft kann nicht entstehen, wo die Vorstellung von ihr im Präsens verbleibt. Es bedarf eines Kurswechsels, zu dem auch das Instrument der Schaffung von neuen Regeln für unser Miteinander gehört. Hierfür müssen wir so ehrlich wie solidarisch kämpfen – schon weil staatliche Regulierungen in der Vergangenheit auch immer wieder bedeutende Anreize für Innovation geboten haben.

Judith Amler ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland.

Don't Gas the World

Kein neuer Energiekolonialismus!



Foto: Achim Heier

Bei der »Power to the People«-Konferenz Ende März in Wien anlässlich der europäischen Gaslobbykonferenz war auch Attac Deutschland mit einer Delegation dabei. Besonders beeindruckte dort die Initiative »Don't Gas Africa« von afrikanischen Klima- und Energie-Aktivist*innen. »Don't Gas Africa« fordert ein Ende der durch fossile Brennstoffe verursachten Energieapartheid in Afrika, die dazu geführt hat, dass 600 Millionen Afrikaner*innen keinen Zugang zu moderner, sauberer erneuerbarer Energie haben. Die kostengünstige Zuteilung dezentralisierter erneuerbarer Energie ist für die Initiative der schnellste und beste Weg, um die Energieungleichheit zu beenden und die Bedürfnisse der Menschen in Afrika zu erfüllen.

Diese Forderung ist nicht neu, bekommt aber aktuelle Brisanz anlässlich der globalen Energieverwerfungen wegen des Krieges gegen die Ukraine. Statt konsequent den Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben, kaufen europäische Länder den Markt an verflüssigtem Erdgas (LNG-Gas) leer und treiben die Preise für ärmere Länder in unerschwingliche Höhe. Parallel erleben wir einen Boom neuer fossiler Projekte in Afrika, Lateinamerika, Asien und Australien. Profitinteresse schlägt immer noch Klimaverunft.

»Don't Gas Africa« hat recht: Europas Antwort auf die Krise darf nicht darin bestehen, neue Öl-, Gasförder- und Exportinfrastrukturen zu fördern. Dieser »Sprung nach Gas« in Afrika ist gefährlich und kurzsichtig. Außerdem untergräbt er die europäische Verpflichtung, das 1,5-Grad-Ziel zu halten und die internationale Finanzierung für Öl und Gas auslaufen zu lassen, wie es in Glasgow auf der COP26 vereinbart wurde, und befeuert damit die Klimakrise.

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald hat jüngst länderübergreifend mit 20 weiteren Organisationen die Studie »Investing in Climate Chaos« veröffentlicht, nach der institutionelle Anleger (Pensionskassen, Vermögensverwalter, Investmentfonds und Versicherungen) weltweit mehr als drei Billionen Dollar in fossile Energien investiert haben, davon zwei Drittel in Öl und Gas und ein Drittel in Kohle. 64 Prozent der Anlagen kommen aus den USA, zwölf Prozent aus Europa. Die beiden größten fossilen Investoren sind Vanguard und BlackRock.

Die 60 größten Privatbanken haben in den sieben Jahren seit der Verabschiedung des Pariser Abkommens Investitionen von 5,5 Billionen US-Dollar in fossile Brennstoffe getätigt. Diese Analyse zeigt einmal mehr, dass »freiwillige

Selbstverpflichtungen« des Finanzsektors in Sachen Klimaschutz völlig unzureichend sind. Es ist höchste Zeit, diesen Klimakillern ihr im wahrsten Sinne schmutziges Handwerk zu legen. Die weltweite Kampagne »Fossil Free« setzt sich für ein solches »Divestment« ein. Ebenso wichtig ist der Ausstieg aus dem Energiechartavertrag, der Energiekonzernen horrenden Schadensersatzforderungen ermöglicht, wenn Regierungen Klimaschutzmaßnahmen ergreifen wollen, die die Profite der Konzerne schmälern. Der Wohlstand der Industrienationen geht so auch in der Klimafrage zulasten der ärmeren Regionen der Welt, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind.

Doch nicht nur im Bereich der Fossilen ist der »Neo-Energiekolonialismus« ein Problem. Beim Wasserstoff droht ein »grüner Energiekolonialismus«. Zwar wird »grüner Wasserstoff« aus erneuerbaren Energien gewonnen, angesichts der großen Energieverluste bei der Herstellung ist aber sparsamer Verbrauch angesagt. Sind Nutzung in der Stahl- und Chemieindustrie zwar stofflich sinnvoll – womit über die Sinnhaftigkeit der Endprodukte noch nichts gesagt ist –, ist großflächige Nutzung beim Heizen und im Individualverkehr angesichts der Knappheit der Erneuerbaren der falsche Weg. Solchem »Wasserstoffhype« gilt es entgegenzutreten. Für internationale Wasserstoffprojekte wie aktuell in Namibia gilt ebenso wie für fossile Projekte: Wind- und Solarenergie muss zuallererst – möglichst dezentral – der einheimischen Bevölkerung zugutekommen. Für Namibia heißt das, vorrangig die Abhängigkeit von südafrikanischem Kohlestrom zu verringern. Was dann übrig bleibt, könnte zu fairen Bedingungen nach Europa geliefert werden. Oder sollte die Stahl- oder Chemieindustrie vielleicht dort angesiedelt werden, wo die Energieresourcen liegen? Eine spannende Frage, wenn es um globales sozial- und klimaverträgliches Wirtschaften geht.

Die Attac-Projektgruppe Energie wird sich weiter mit dem Thema »Neo-Energiekolonialismus« beschäftigen und zusammen mit Bündnisorganisationen und möglichst mit Aktivist*innen aus den betroffenen Ländern Druck machen gegen diese Rückwärtsrolle in der Energiepolitik – für Energie- und Klimagerechtigkeit!

Achim Heier ist Mitglied der Attac-Projektgruppe Energie.

Statt Bankenrettung alle paar Jahre:

Das Geld gehört uns allen!

Was wurde nach der großen Finanzkrise 2007/2008 nicht alles versprochen: Alles sollte getan werden, um die Wiederholung von Bankenrettungsaktionen zu verhindern. Aber diese Zusagen waren wenig wert. Die tatsächlich ergriffenen Maßnahmen waren unzureichend, und selbst diese konnte die Bankenlobby erfolgreich aufweichen.

Gegenwärtig unterliegt das Bankensystem wieder einer verstärkten Stresssituation. Wieder müssen, entgegen aller Zusagen, Banken gerettet werden. Diesmal kommt der Stress nicht aus dem Bankensystem, sondern durch die Zentralbanken. Unter der Fahne der Inflationsbekämpfung wurden mit einer bisher nicht gekannten Rigorosität und Geschwindigkeit die Zinsen innerhalb eines Jahres um mehr als vier Prozent nach oben geschoben – mit nicht absehbaren Risiken und ohne entsprechende Vorkehrungen im Bankenbereich.

Es ist nur folgerichtig, dass existenzielle Krisen dann zuerst bei Banken mit einer besonderen Risikozusammenballung wie der Silicon Valley Bank (SVB) zutage treten, oder bei solchen, die durch jahrelanges Missmanagement einen Vertrauensverlust erlitten haben, wie der Credit Suisse.

Gerade mittelgroße und regionale Banken in den USA hatten auf Basis der früheren Nullzins- oder sogar Negativzinspolitik der Zentralbanken Kredite mit niedrigen Zinsen vergeben und Einlagen in langfristigen Wertpapieren angelegt, um zumindest geringe Zinserträge einstreichen zu können. Sie sind nun mit einem gänzlich anderen Zinsumfeld konfrontiert. Die Kredite und Wertpapiere in ihren Bilanzen sind plötzlich weniger wert, und Einleger*innen orientieren sich neu.

Im Fall der SVB führte der Abzug von Einlagen zu Liquiditätsproblemen. Wertpapiere mussten mit Verlusten verkauft werden, die erzeugte Unsicherheit führte zum Bankensturm und letztlich zur Schließung der Bank. Neben dem Eigenbedarf der Kunden an Finanzmitteln als Folge des Zinsanstiegs gab es noch einen zweiten wichtigen Grund für den Einlagenabzug: Geldmarktfonds können gegenwärtig bessere Zinsen als die Banken anbieten, denn die Zentralbanken zahlen hohe Zinsen auf Einlagen bei ihr. Es bieten sich damit für Geldbesitzer*innen gegenwärtig attraktive Anlageformen, die höhere Zinsen versprechen als Banken.

Auch wenn die akute Krisensituation abgeklungen ist – die genannten Probleme bleiben.



Foto: Carsten Ernst

Gerade im Immobilienbereich schlummern noch größere Risiken. Weitere Rettungsmaßnahmen mit öffentlichen Finanzmitteln könnten notwendig werden. Denn es gilt: Banken werden gerettet, weil der wirtschaftliche Schaden im Konkursfall viel größer ist. Verluste werden sozialisiert, und vorher gescheffelte Gewinne und Boni bleiben unangetastet – ein Diebstahl an den öffentlichen Kassen!

Hauptursache der Probleme ist der unlösbare Widerspruch unseres Bankensystems: Einerseits versprechen Banken sicheres, jederzeit verfügbares Geld auf dem Girokonto. Andererseits versprechen sie Zinsen auf Einlagen, ohne diese beiden Bereiche strikt zu trennen. Geld auf dem Konto vermehrt sich nicht von allein. Es muss investiert, angelegt werden. Investitionen können scheitern; Anlagen unterliegen schwankenden Bewertungen. Und damit ist das Geld auf der Bank strukturell unsicher – allen Beschwörungen zum Trotz.

Das muss aber nicht so sein; Attac hat Alternativen entwickelt. Ein zentraler Punkt für ein stabiles Bankensystem besteht in der Trennung von Geldaufbewahrung und -verkehr einerseits und Finanzinvestitionen andererseits. Es hat sich gezeigt: Sichere Geldverwahrung und sicheren Geldverkehr gibt es nur mit Zentralbankgeld. Deshalb mussten jetzt alle Einlagen mit öffentlichen Mitteln gesichert werden – unbegrenzt, über die bisherigen Sicherungsgrenzen hinaus.

Bei dem von Attac geforderten Systemwechsel gehen die geleisteten Einlagen oder Überweisungen nicht in den Besitz der Bank über, sondern werden Teil eines Gelddepots.

Das Geld kann wie bei Wertpapierdepots im Auftrag des Kunden ein- und ausgebucht und transferiert werden. Damit bleibt es Eigentum des Kunden.

Bereits jetzt wird der Geldverkehr zwischen Banken mit Zentralbankgeld durchgeführt. In dem stabilen System würde der einzelne Kunde mit in den Geldverkehr über die Zentralbank einbezogen. Wie bisher wissen nur die beiden beteiligten Banken, welche Kundenkonten welche Transaktionen vornehmen. Die Verzinsung der Guthaben könnte auf Basis des Zinssatzes der Zentralbank für Einlagen erfolgen, wie es auch bei den Einlagen der Banken erfolgt. Deren Privilegierung ist absolut nicht gerechtfertigt. Das Geld gehört uns allen!

Kredite können weiterhin bei der Bank beantragt werden. Das Geld können die Banken dann aber nicht mehr selber erzeugen (krisenhaftes Bankengeld), sondern müssten es bei anderen Kunden, bei anderen Banken oder der Zentralbank aufnehmen. Die Einlagen sind damit immer sicher, auch bei der Insolvenz einer Bank. Für Bankenstürme besteht keine Notwendigkeit mehr.

Der Zyklus von Profitmache und Rettung muss durchbrochen werden. Vorschläge dazu haben wir auf den Tisch gelegt. Klar ist, dass der Finanzsektor seine Privilegien erbittert verteidigt. Aber das hält uns nicht auf!

Alfred Eibl ist Mitglied in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern.

Mehr dazu im Attac-Basistext »Das Geld gehört uns allen« im VSA-Verlag.

Proteste gegen die französische Rentenreform

Gemeinsam sind wir stärker!



Foto: Attac France

Frankreich hat in den letzten Monaten Demonstrationen erlebt, deren Ausmaß, Dauer und überwältigende Unterstützung durch die Bevölkerung erstaunlich waren; bis heute stehen 70 Prozent der Französ*innen hinter den Protesten. Es stellte sich fast ein ganzes Land gegen die geplante Rentenreform.

Das französische Rentensystem ist ein Verteilungssystem, das auf Solidarität zwischen den Generationen basiert. Ähnlich wie in Deutschland zahlen sowohl Arbeitnehmer*innen als auch Arbeitgeber*innen in die Rentenkasse ein, und die jeweiligen Rentenansprüche werden auf individueller Grundlage berechnet. Bislang lag dabei das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 62 Jahren; die Reformpläne der französischen Regierung sehen eine Anhebung auf 64 Jahre vor. Angeblich soll diese Anhebung verhindern, dass sich die Rentenkasse in den kommenden Jahren leert. Das ist jedoch ein wenig überzeugendes Argument, denn Frankreich hat eine der höchsten Geburtenraten Europas.

Der Öffentlichkeit wurde die Rentenreform von Ministerpräsidentin Elisabeth Borne und anderen Regierungsmitgliedern mit vagen bis falschen Angaben zu den Folgen für Arbeitnehmer*innen präsentiert. Die Regierung sah ihre Reform auch im Parlament harter Kritik ausgesetzt und setzte deshalb zu

ihrer Durchsetzung auf Artikel 49 Absatz 3 der französischen Verfassung. Der öffnet der französischen Regierung eine Hintertür, wenn sie das Parlament umgehen will: Ein von der Regierung unter Berufung auf diesen Artikel eingebrachtes Gesetz gilt als angenommen, wenn nicht ein innerhalb von 24 Stunden eingereichter Misstrauensantrag gegen die Regierung erfolgreich ist. Ein legaler, aber kein legitimer Vorgang.

Schlechte Kommunikation, die mangelnde demokratische Mitbestimmung und die Weigerung der Regierung, die Argumente gegen diese Reform mit in die Überlegungen einzubeziehen führten dazu, dass die überwältigende Mehrheit der Französ*innen diese Reformpläne ablehnte. Landesweit zu Protesten bewegte sie allerdings die offensichtliche Ungerechtigkeit der Reform: In Frankreich hängt die Rentenberechnung von zwei Parametern ab – dem Renteneintrittsalter sowie der Zahl der Beitragsjahre. Die Anhebung des Rentenalters auf 64 geht daher vor allem zulasten von Menschen, die jung ins Berufsleben eingestiegen sind und schwierige Arbeitsbedingungen haben, während sich für viele Menschen in Führungspositionen und intellektuellen Berufen aufgrund des durch ein Studium ohnehin verspäteten Berufseinstiegs nichts ändert.

Die Mobilisierung zu den Protesten verlief unter anderem so erfolgreich, weil sich die Gewerkschaften zusammenschlossen. In Frankreich ist gewerkschaftlicher Pluralismus die Regel. In Unternehmen oder Verwaltungen legen die verschiedenen Gewerkschaften, von radikal bis gemäßigt, verschiedene Wahllisten vor, und die Arbeitnehmer*innen wählen von jeder ihre jeweiligen Repräsentant*innen. In einem solchen System versuchen die Machthaber*innen immer, die Gewerkschaftsfront zu spalten, indem sie sich auf die gemäßigtsten Gewerkschaften verlassen. Dieses Mal war das nicht möglich. Die Empörung über die Ungerechtigkeit dieser Reform verband alle Gewerkschaften und einte sie in den Protesten.

Eine weitere Stärke der Proteste war das Zusammenspiel der verschiedenen Akteur*innen aus den sozialen Bewegungen, auch über die Gewerkschaften an vorderster Front hinaus. So investierten wir von Attac Frankreich viel Energie in die Mobilisierung durch Information und Aufklärung. Wir stellten Materialien wie Plakate, Flyer oder Aufkleber zur Verfügung und veröffentlichten Studien zu den Folgen der Reform. Besonderes Augenmerk legte Attac Frankreich dabei auf die negativen Folgen der Rentenreform für Frauen. Wir haben Berechnungsmodelle aufgestellt, um Fehler und Ungenauigkeiten im Rentenmodell der Regierung aufzudecken. Wir konnten zeigen, dass nur sehr wenige Menschen den angeblichen Mindestbetrag von 1200 Euro tatsächlich bekommen würden, der von der Regierung behauptet wurde. Wir haben die Reformpläne aber nicht nur kritisiert, sondern auch sozial gerechte Alternativen vorgeschlagen, mit denen sich weiterarbeiten ließe.

Auch wenn der Verfassungsrat die Rentenreform in weiten Teilen für verfassungskonform erklärt hat: Der Protest geht weiter, denn noch ist die Reform nicht in Kraft. Deshalb entwickeln wir weiterhin neue Protestformen, wie zum Beispiel Kochtopf-Konzerte (»Casse-rolades«), die Emmanuel Macron und seine Minister willkommen heißen. Es bleibt viel zu tun – erlebt zu haben, wie viele Menschen zu Protesten mobilisiert werden können, ist dabei eine wichtige Erfahrung und ein positives Signal für die Zukunft.

Attac Frankreich war in den Protesten gegen die französische Rentenreform sehr präsent – sowohl mit Aktionen als auch mit Inhalten. Vielen Dank für diesen Beitrag, cher ami(e)s!



RWE stoppen, Foto: Attac



Rheinmetall vergesellschaften, Foto: Attac

Nachruf

Im März ist **Franz Eschbach**, langjähriges Mitglied der AG Globalisierung und Krieg und des Attac-Rats, unerwartet verstorben. Mit Franz verliert Attac einen Menschen, der sich unermüdlich für das Thema Frieden eingesetzt und viel Energie in das Netzwerk gesteckt hat. Dabei hat Franz sich nicht nur engagiert in Diskussionen eingebracht, sondern auch häufig eher undankbare organisatorische Aufgaben übernommen. Er wird in Attac sehr fehlen.

Rückblick

02. März 2023

G20: Gericht verkennt erneut Bedeutung von Camps für Versammlungsfreiheit

Das Oberverwaltungsgericht Hamburg ließ die massive Behinderung des von Attac und anderen Gruppen organisierten G20-Protest-camps im Jahr 2017 erneut ungerügt: Die Richter*innen der zweiten Instanz wiesen die Berufungsklage von Attac Deutschland und dem Hamburger Verein Comm e.V. gegen die zeitweilige Verhinderung und die Beschränkungen des Camps im Altonaer Volkspark ab. Attac wird eine Revision gegen das Urteil prüfen, sobald die Urteilsbegründung vorliegt.

06. März 2023

Attac veröffentlicht Unterrichtsmaterialien in Schulbuch-Verlag

Unter dem Motto »Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« veröffentlicht Attac regelmäßig Bildungsmaterialien zu politisch-ökonomischen Themen. Nun erschien erstmals

eine umfangreiche Sammlung von Materialien und Methoden im Wochenschau-Verlag, einem renommierten Fachverlag für politische und ökonomische Bildung.

8. März 2023

Die Krisen stecken im System - feministisch streiken weltweit!

Anlässlich des Feministischen Kampftages haben sich Attac-Aktive bundesweit an Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen beteiligt und mit Streiks ein gutes Leben für alle gefordert. Gemeinsam kämpfen wir für eine solidarische Gesellschaft, in der alle ein selbstbestimmtes und sicheres Leben führen können – eine Gesellschaft, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen der Geschichte angehört!

9. März 2023

Milliarden für soziale und ökologische Mobilitätswende

Anlässlich der Haushaltsplanung für das Jahr 2024 des Bundeskabinetts forderte Attac gemeinsam mit dem Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, den Weg für eine soziale und ökologische Mobilitätswende zu bereiten. Dafür müssen im Verkehrsetat umfangreiche Mittel bereitgestellt werden, um Investitionen in moderne Infrastruktur und den Ausbau des Bus- und Bahnangebots zu gewährleisten.

10. März 2023

Netzwerk Gerechter Welthandel gegen Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens

Am 11. März reisten Wirtschaftsminister Robert Habeck und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir nach Brasilien. Ziel ihrer Reise war es, das umstrittene EU-Mercosur-Handelsabkommen voranzutreiben. Zu diesem Anlass rief das »Netzwerk Gerechter Welthandel«, zu dem auch Attac gehört, zur Mobilisierung gegen das Abkommen auf und kritisierte das Vorhaben der Bundesregierung,

der Ratifizierung trotz aller Widerstände von Wissenschaftler*innen, Landwirt*innen, Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen zuzustimmen.

13. März 2023

RWE stoppen – die Kohle unter Lützerath im Boden lassen!

Mit einer Demonstration, Kulturprogramm und einer symbolischen Blockade der Eingangstore an der Konzernzentrale von RWE in Essen protestierten Attac-Aktive gemeinsam mit einem breiten Bündnis für ein Moratorium und den Verbleib der Kohle unter Lützerath.

20. März 2023

Rheinmetall vergesellschaften – Waffenproduktion einstellen!

Mit einer Aktion vor der Frankfurter Börse protestierte Attac gegen die Aufnahme des Rüstungskonzerns Rheinmetall in den DAX. Rheinmetall ist einer der größten deutschen Rüstungskonzerne und profitiert von der aktuellen (Un-)Sicherheitslage wie kaum ein anderes Unternehmen – ein skrupelloser Wafenhändler, der als Kriegsgewinnler nun auch noch mit dem Aufstieg in den bedeutendsten deutschen Aktienindex belohnt wird.

22. März 2023

»Power to the People« – Internationale Konferenz in Wien

Vertreter*innen der europäischen Gaslobby trafen bei der Europäischen Gas-Konferenz vom 27. bis 29. März 2023 in Wien mit Finanzkonzernen und Politiker*innen zusammen, um über die Zukunft der europäischen Energieversorgung zu beraten. Anlässlich dieses exklusiven Treffens der Gaslobby lud die Klimagerechtigkeitsbewegung – auch unter Beteiligung von Attac Deutschland und Österreich – vom 24. bis 26. März, zur öffentlichen Gegenkonferenz »Power to the People«, um Visionen für eine klimagerechte Zukunft zu diskutieren.



»Power to the People« Foto: Attac



Mobilitätswende jetzt!, Foto: Attac

06. April 2023

Gesundheit für alle – statt Profite für Wenige!

Anlässlich des Weltgesundheitsstags am 7. April unter dem Motto »Gesundheit für alle« forderte Attac eine Gesundheitsversorgung, die sich am Bedarf und Wohl der Patient*innen statt an Profiten orientiert. International setzt sich Attac außerdem für einen gerechten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen ein, wozu auch die Freigabe von Patenten für Impfstoffe und Medikamente zählt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erinnert mit diesem Tag an ihre Gründung vor 75 Jahren und macht seitdem jedes Jahr auf ein wichtiges globales Gesundheitsthema aufmerksam.

18. April 2023

Aufgeflogen: EU blockiert mehr Arbeits- und Umweltschutz in CETA

Entgegen eigenen Versprechungen blockiert die EU die Aufnahme neuer, sanktionierbarer Umwelt- und Arbeitsstandards im Handelsabkommen CETA. Dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Protokoll des CETA-Ausschusses hervor. Für Attac belegt das Protokoll, dass die EU in Bezug auf ihre Handelsabkommen zwar nach außen viel über Arbeits- und Umweltschutz spricht, ihren Ankündigungen jedoch keine Taten folgen lässt. Diese Scheinheiligkeit kritisieren wir und fordern eine deutliche Kehrtwende in der EU-Handelspolitik.

20. April 2023

Neue Analyse offenbart die größten Finanziere der globalen Erderhitzung

Die neue Untersuchung »Investing in Climate Chaos« enthüllt die weltweiten Investitionen von mehr als 6.500 institutionellen Investor*innen in Aktien und Anleihen von Öl- und Gasproduzenten sowie Unternehmen der Kohleindustrie. Die Gesamthöhe der Vermögensverwalter*innen, Banken und Pensionsfonds gehaltenen Anteile belief sich mit Stand Januar 2023 auf unfassbare 3,07

Billionen US-Dollar. Die Untersuchung ist ein Gemeinschaftsprojekt von der Organisation Urgewald und mehr als 20 internationalen NGO-Partner*innen, darunter auch Attac.

21. April 2023

Soziale und klimagerechte Mobilitätswende jetzt!

Attac-Aktive beteiligten sich an den dezentralen Aktionstagen für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende vom 21. bis 23. April. Gemeinsam mit vielen Akteur*innen gingen wir deutschlandweit auf die Straße, um die Mobilitätswende von unten anzutreiben und ein Zeichen gegen die autozentrierte Verkehrspolitik zu setzen.

1. Mai 2023

Höhere Renten statt höherer Profite!

Anlässlich des 1. Mai fordert Attac, im Sinne aller Erwerbstätigen den Irrweg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu verlassen und stattdessen Lösungen gegen das reale Problem der steigenden Altersarmut zu entwickeln. Wir schlagen eine Basisrente vor, die sicher und zuverlässig vor Altersarmut schützt. Ihre Finanzierung erfolgt gemäß dem Prinzip der Bürger*innenversicherung, indem Beiträge auf alle Einkommen erhoben werden und die Arbeitgeber*innenbeiträge die Hälfte der Kosten decken.

05. bis 10. Mai 2023

Aktionsakademie und Attac auf dem Verkehrswendecamp

Zwischen dem 5. und 10. Mai 2023 organisierten Aktivist*innen ein Verkehrswendecamp, um gemeinsam Ideen für eine grundlegende sozial-ökologische Mobilitätswende auszutauschen. Das Camp fand direkt in der Autostadt Wolfsburg am Stammsitz von VW statt. Die von Attac organisierte Aktionsakademie bot allen Camp-Teilnehmer*innen mehrere Workshoptage zu aktivistischen Pro-

testformen. Zum inhaltlichen Campprogramm trug die Attac-Kampagnengruppe »einfach. umsteigen« mit einem Workshop zu »Welthandel, Güterverkehr und Klima« bei.

8. Mai 2023

Unsere Beratung für Gerechtigkeit: Protestaktion vor dem Steuerberater*innenkongress

Anlässlich des Steuerberater*innenkongresses in Hamburg, bei dem Bundesfinanzminister Christian Linder als Keynote-Speaker auftrat, protestierten Attac-Aktive gegen die aktuelle Steuerpolitik und warben für das sozial gerechte Steuerkonzept von Attac.

Ausblick

30. Mai 2023

Pipelines in die Politik: Die Macht der Gaslobby in Deutschland – Webinar mit Christina Deckwirth

Christina Deckwirth (Lobbycontrol) hat mit Nina Katzemich zu den Methoden und Netzwerken der Gaslobby recherchiert und dazu zu Beginn des Jahres die Studie »Pipelines in die Politik« veröffentlicht. In unserer öffentlichen Online-Veranstaltung stellt sie die Inhalte dieser Studie vor. Dabei geht es auch um die Rolle der Gasstudie in den aktuellen Debatten rund um die Themen Heizen, Wasserstoff und den Ausbau von LNG-Terminals.

attac.de/webinare

05. bis 10. September 2023

IAA-Proteste in München

Unter dem Motto »Car is over – IAA ausbremsen« werden Attac-Aktive im September gemeinsam mit vielen Aktivist*innen mit bunten und kreativen Aktionen gegen die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) in München und die Autolobby und für eine klimagerechte und solidarische Mobilitäts- und Verkehrswende protestieren.

EU-Mercosur-Abkommen stoppen

Ein gutes Leben für alle



Foto: Sascha Bachmann

Bei einem Außenministertreffen mit der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) teilte der Außenbeauftragte der EU Josep Borrell mit, 2023 solle »das Jahr Lateinamerikas in Europa und das Jahr Europas in Lateinamerika« werden. Als Höhepunkt gilt dabei im Juli der EU-CELAC Gipfel in Brüssel.

Auch wenn die Tagesordnung dafür erst kurzfristig veröffentlicht wird: Handelsbeziehungen werden im Programm eine zentrale Rolle spielen, insbesondere das geplante EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen, das die beiden Wirtschaftsblöcke mit Unterbrechungen seit mehr als 20 Jahren verhandeln.

Mit der Wahl von Lula da Silva zum brasilianischen Präsidenten ist jetzt der Optimismus der EU gewachsen, die Verhandlungen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay rasch abschließen zu können. Bereits Ende Juni 2019 war die politische Einigung über den Handelsteil des Assoziierungsabkommens verkündet worden; seitdem befindet sich das Freihandelsabkommen in der juristischen Prüfung. Spätestens Ende des Jahres soll es unterschriftsreif sein, um es vor den EU-Wahlen im Frühjahr 2024 im EU-Rat sowie im EU-Parlament abzustimmen.

Jedoch ist die Ratifizierung keine gute Idee. Mit seinem veralteten Mandat aus dem vorigen

Jahrhundert schreibt das geplante Abkommen die Fehlentwicklungen der neoliberalen Handelspolitik der letzten Jahrzehnte fort. Erneut erhalten Freihandel und blinde Marktöffnung Vorrang vor der Beachtung der planetaren Grenzen und dem Wohlergehen von Gesellschaften.

Mit dem Abkommen

- entstände eine riesige Freihandelszone mit mehr als 710 Millionen Menschen, und bereits bestehende Handels- und Transportströme zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken würden erheblich anwachsen;
- profitierten Konzerne der EU vom Zollabbau für Industriegüter wie Verbrennerautos, Autoteile und Pestizide;
- profitierten Konzerne des Mercosur von erweiterten Absatzmärkten für Agrarrohstoffe wie Rindfleisch, Zuckerrohr und Soja, aber ebenso für mineralische Rohstoffe wie Eisenerz, Bauxit, Kupfer und Lithium.

Der Deal hätte enorme ökologische und soziale Auswirkungen: Durch Waldvernichtung würde die Klimakrise verschärft, Menschenrechte, Arbeitsrechte, Rechte von Kleinbauern und Indigenen kämen unter die Räder. Gleichzeitig blieben die Mercosur-Staaten zunehmend in ihrer Rolle als Lieferanten von Rohstoffen und als Importeure von Industrie-

gütern in einem asymmetrischen neokolonialen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis gefangen.

Um die ökologischen Bedenken einiger Mitgliedsstaaten auszuräumen, haben EU und Mercosur seit 2021 hinter verschlossenen Türen an einer Zusatzvereinbarung zum Handelsteil gearbeitet, um ihn nachhaltiger zu machen. Im März kam durch einen Leak ans Licht, dass es nicht gelungen ist, die Themen Arbeits-, Wald- und Klimaschutz zu stärken. Nach wie vor können Verstöße gegen das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens nicht sanktioniert werden, denn an dem Vertragstext selbst hat sich nichts geändert. Das wird die Ratifizierungsabsichten der EU jedoch nicht bremsen, ist doch der strategische Wert des Mercosur seit der russischen Invasion in der Ukraine erheblich gestiegen.

Einen Hinweis auf dessen wachsende Bedeutung gibt die seit Jahresbeginn anhaltende Reisewelle von Politiker*innen aus Deutschland und der EU nach Lateinamerika. Nun geht es nicht mehr allein um ein Abkommen im Sinne von »Autos und Chemikalien gegen Kühe und Soja«, sondern vorrangig darum, den Mercosur geopolitisch zu binden. Lieferketten sollen diversifiziert werden: Rohstoffe sollen nun statt von Russland von Wertefreunden geliefert werden, und Rohstoffe wie Lithium und grüner Wasserstoff, die für die Energiewende erforderlich sind, sollen mitberücksichtigt werden. Allerdings steht die EU mit ihren Ambitionen bezüglich dieser Region im Wettbewerb mit China, den USA und Japan.

Attac leistet mit mehr als 450 Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks seit Jahren Widerstand gegen die Ratifizierung des Abkommens. Für die Wochen vor dem EU-CELAC-Gipfel sind deshalb Veranstaltungen, Protestaktionen und Aktionstage geplant. Gemeinsam wollen wir deutlich machen: Das vorgeschlagene EU-Mercosur-Abkommen dient in erster Linie Konzerninteressen und missachtet Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz. Es muss gestoppt werden. Wir fordern Neuverhandlungen auf Grundlage eines Mandates, das nicht Profite für einige wenige, sondern ein gutes Leben für alle in den Mittelpunkt stellt!

Hanni Gramann ist aktiv in der Attac-AG Welt-handel und WTO.

Stoppt das Töten!

Friedenspolitische Webinarreihe



Das friedenspolitische Bündnis »Stoppt das Töten!«, zu dem Attac gehört, hat im Februar eine Webinarreihe zu verschiedenen Themen rund um den Krieg in der Ukraine initiiert. Für alle, die nicht live dabei sein konnten, sind inzwischen alle bisherigen Veranstaltungen zum Nach-Schauen im Youtube-Kanal von Attac in der Liste der Online-Seminare zu finden. Themen der Reihe waren:

- **Frieden schaffen mit weniger Waffen oder Nuklearkrieg – haben wir die Wahl?** Was für Fragen und Herausforderungen stellen sich durch den russischen Überfall auf die Ukraine aus pazifistischer Sicht und wel-

che Handlungsmöglichkeiten leiten sich daraus ab?

- **Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung.** Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen anhand von Beispielen aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern.
- **Rechte Vereinnahmungsversuche in der Friedensbewegung.** Mit welchen Methoden versuchen Rechte, die Friedensbewegung zu vereinnahmen? Was sind ihre wahren Positionen, und wie kann eine Bewegung derartige Versuche erkennen und abwehren?
- **Deutsche Leerstellen in der Debatte.** In der Wahrnehmung des Ukraine-Konflikts ist eine unzureichende Beachtung der weiteren Länder Mittel- und Osteuropas ein blinder Fleck. Hier werden deshalb die osteuropäischen Perspektiven in den Fokus genommen.
- **Innenpolitische Lage in Russland.** Seit dem Machtantritt Wladimir Putins hat sich

die Situation in Russland im Hinblick auf politische Freiheiten und Menschenrechte kontinuierlich verschlechtert. Damit geht eine zunehmende Aggressivität nach außen einher.

- **Handlungsoptionen der deutschen Politik.** Welche Möglichkeiten hat die deutsche Politik, um sich für Verhandlungen, einen Waffenstillstand und eine neue gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzusetzen?
- **The Situation in Belarus: Arms Trade and Nuclear Weapons** (auf Englisch, nicht übersetzt). Am 25. März 2023 kündigte der russische Präsident Wladimir Putin Pläne an, Atomwaffen auf dem Territorium von Belarus zu stationieren. Dies ist ein schwerwiegender Verstoß gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

link.attac.de/webinare-youtube

Neue Kampagne von Aufstehen gegen Rassismus

»Björn Höcke ist ein Nazi«



Foto: Aufstehen gegen Rassismus

Im April 2023 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Halle Anklage gegen Björn Höcke erheben will – der Thüringer AfD-Landeschef hatte bereits 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung eine Parole verwendet, die zum Wortschatz der nationalsozialistischen SA gehört: »Alles für Deutschland«.

Es ist mehr als nur ein Verdacht, dass Höcke nicht »nur« ein üblicher Vertreter der bereits im Kern faschistischen AfD ist: Bereits seit 2014 wurden von dem Soziologen Andreas Kemper Belege für die Vermutung gesammelt, dass Höcke in NPD-nahen Publikationen unter dem Pseudonym »Landolf Ladig« NS-verherrlichende Texte publiziert hatte – und inzwischen hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) unter dem Titel »Sein Kampf. Björn Höckes nazistische Grundsatzzrede vom 3. Oktober 2022 in Gera« den Beweis einer nazistischen Demagogie Höckes geführt.

Auch vor diesem Hintergrund hat das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«, an dem neben

der VVN/BdA und anderen Partner*innen auch Attac Deutschland beteiligt ist, die neue Kampagne »Björn Höcke ist ein Nazi« gestartet: Der fortschreitenden Normalisierung der AfD soll Einhalt geboten und erreicht werden, dass die spätestens seit 2016 bröckelnde Brandmauer nach rechts gestärkt wird.

Höcke ist nach Ansicht des Bündnisses ein Nationalsozialist im engen Sinne und spätestens seit dem Rieser Parteitag 2022 inoffizieller Parteiführer der AfD. Dies ist allein schon da brandgefährlich, wo ihm inzwischen Tausende zujubeln, die AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen 2024 unter seiner Führung stärkste Kraft zu werden droht und die Zusammenarbeit mit der AfD auf Länderebene zunehmend normalisiert wird.

Wo ein faschistischer Umsturz denkbar wird, gilt es aktiv zu werden.

Informationen und Materialien zur Kampagne finden sich unter:

hoecke-ist-ein-nazi.de

Menschen in Attac

Gemeinsam politisch wachsen



Foto: Attac



Foto: Sascha Bachmann

Annette Schnoor ist Mitglied im Koordinierungskreis, Törk Hansen ist Mitglied im Rat von Attac. Beide sind aktiv bei Attac Bochum. Wir haben mit ihnen unter anderem darüber gesprochen, ob und wie ihr gemeinsames politisches Engagement ihre Beziehung beeinflusst.

Annette und Törk, ihr seid beide in Attac aktiv. Habt ihr auch privat über Politik zusammengefunden?

Annette: Wir sind ja nicht erst seit Attac politisch aktiv, sondern schon eine ganze Weile, und meistens ungefähr in den gleichen Bereichen. Das bringt auch eine Reihe Schwierigkeiten mit sich, aber es ist natürlich auch ganz nett, wenn man miteinander darüber reden und sich gemeinsam politisch weiterentwickeln kann.

Törk: Annette war in den 80ern häufig als Aktivistin der Gewerkschaftsopposition auf dem Podium, ich im Publikum; wir waren beide zu dem Zeitpunkt Betriebsrätinnen. So bekamen wir damals etwas miteinander zu tun und haben uns auch verliebt. Das ist schon viele Jahre her; wir sprechen von mittlerweile ungefähr 36 Jahren. Ursprünglich hatten wir uns weniger vorgenommen – Annette meinte zwei Jahre, ich meinte acht Jahre – das haben wir jetzt doch überschritten (lacht).

Wie hat euch euer Weg dann zu Attac geführt?

A: Ich war schon früher mal im Rahmen der

Sozialforen bei Attac. Die Bochumer Attac-Gruppe ist allerdings mit der Zeit etwas eingeschlafen. Als die Attac-Sommerakademie 2019 in Bochum war, kam Törk von dort mit der Idee zurück, in Bochum bei Attac 2.0 mitzumachen. Da wollte ich auch dabei sein. Ich bin in Bochum auch in anderen Zusammenhängen engagiert, wie bei der medizinischen Flüchtlingshilfe und bei Bochum gegen Rechts, aber eine Organisation, die nicht nur einen inhaltlichen Schwerpunkt hat, sondern etwas breiter aufgestellt ist, fand ich wichtig. Seitdem sind wir bei Attac, und im Nu haben wir großartige Karrieren gemacht (Gelächter).

Darauf wollt ihr gerade zu sprechen kommen – ihr macht ja auch beide Gremienarbeit bei Attac. Was motiviert euch dazu?

A: Ich denke, dass man als Teil einer Organisation auch dazu beitragen muss, dass das Ganze funktioniert. Diese Haltung überdeckt meine persönlichen Vorlieben etwas (lacht). Als ich also gesehen habe, dass es für Attac immer wichtiger wird, eine klare Grenze nach rechts zu ziehen, fand ich, es reiche nicht mehr, einfach vor Ort seine Arbeit zu machen. Ich musste mich einmischen. Deshalb habe ich für den Rat kandidiert, und später auch für den Kokreis. Ich habe für die Gremienarbeit nicht furchtbar viel Zeit, weil es mir wichtig ist, weiterhin auch in unserer Regionalgruppe zu arbeiten, aber das, was ich kann, möchte ich auch gern beitragen.

T: Bei mir ist es ganz ähnlich. Auch für mich war in erster Linie wichtig, dass vor Ort wieder etwas in Gang kam, dass wir unseren Kreis vergrößern können. Ich habe mich auch ein wenig um die Vernetzung in NRW gekümmert. Ich denke, dass Regionalgruppen, die sonst eher vor sich hinarbeiten, besser voneinander profitieren können und sollten. Grundsätzlich engagiere ich mich, weil ich ein linker Mensch bin, dem eine andere, bessere Gesellschaft wichtig ist. Ich habe nichts gegen Parteien, aber ich bin mir auch darüber im Klaren, dass wir andere Strukturen brauchen. Attac hat etwas Offenes, das wir nutzen können, um mit unseren unterschiedlichen Positionen umzugehen und Kritik positiv zu formulieren. Es gibt ja genug gesellschaftliche Probleme; dem können wir vielleicht etwas Besseres entgegensetzen. Deshalb ist Attac für mich so wichtig, auch wenn das auch in den Gremien manchmal mühsam ist.

Und wenn ihr euch politisch mal nicht einig seid? Verdirbt euch das den Tag?

A: Also, das passiert nicht so oft. Ein bisschen ist das passiert beim Thema Ukraine-Krieg, da waren wir uns am Anfang nicht so einig, auch wenn es nicht richtig konfrontativ war. Wir haben schon ab und zu darüber geredet, es aber letztlich bei unseren unterschiedlichen Standpunkten belassen. Inzwischen haben sich unsere Positionen auch an dem Punkt angenähert. Substanziell unterschiedliche Meinungen haben wir sehr selten, das sind eher Nuancen. Die diskutieren wir dann schon, aber wenn es sich nicht lösen lässt, dann bleibt das eben so.

T: Uneins waren wir uns auch in der Frage unseres Engagements in den Gremien. Als Annette gefragt wurde, ob sie sich vorstellen könnte, im Kokreis mitzuarbeiten, haben wir das natürlich auch diskutiert. Wir sind ja beide schon etwas älter und deshalb vielleicht auch nicht das beste Paar für Attac, und mir war wichtig, dass Annette auf ihre gesundheitlichen Ressourcen achtet. Aber wir kennen gegenseitig unsere Stärken und Schwächen – und Nein-Sagen ist nicht gerade Annettes Stärke. Andererseits sehe ich natürlich, dass Annette zu so einem Gremium ganz viel Inhaltliches und Strukturelles einbringen kann und gut darin ist, auch Verantwortung zu übernehmen.

A: Na, so was habe ich ja schon länger nicht mehr gehört, ich bin ganz angetan. Wir sollten öfter solche Gespräche führen (Gelächter)!

Sonderaktion

Bildungsmaterial-Angebote im Attac-Shop

Die »ökonomische Alphabetisierung« von Menschen in Zeiten der neoliberalen Globalisierung ist einer der Grundpfeiler von Attac. Erst wenn Menschen Zusammenhänge verstehen, können sie Schief lagen erkennen und sich für eine andere Welt engagieren. Attac informiert deshalb mit Flugblättern, Factsheets und Büchern, Demonstrationen und Aktionen. Besonders wertvoll und didaktisch für Schüler*innen und die Erwachsenenbildung aufbereitet ist dabei das Attac-Bildungsmaterial. Es richtet sich an Lehrer*innen und Referent*innen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Weitere Infos und kostenlose Downloads finden sich unter attac.de/bima – die gedruckten Versionen gibt es im Attac-Shop, dazu auch einen passenden Sammelordner.



Diesen Ordner und einige der Bildungsmaterialien geben wir jetzt vergünstigt für jeweils 2,50 Euro ab:

**Wirtschaft demokratisch gestalten
lernen: Digitalisierter Kapitalismus**

Bildungsmaterialien zu globalen Machtverhältnissen, sozial-ökologischen Auswirkungen und Alternativen im Kontext von Digitalisierung.

**Klimaneutral und sozial gerecht –
Wege in die Gesellschaft der Zukunft**

Im Zentrum stehen Fragen des Umbaus der Wirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit, die mit dieser Umstellung auf Klimaneutralität zwangsläufig verbunden sind und die sich auf globaler, europäischer und nationaler Ebene stellen.

**Moderne Sklaverei –
über globale Arbeitsverhältnisse**

In zahlreiche Konsumgüter geht Arbeit von Menschen aus sklavenähnlichen Verhältnissen ein. Was kann politisch gegen diesen skandalösen Zustand getan werden? Und wie steht es heute generell um die globalen Arbeitsverhältnisse?

**Kapitalismus – oder was? –
Über Marktwirtschaft und Alternativen**

Das Material ist so konzipiert, dass es an Lehrplanthemen wie »Soziale Marktwirtschaft« oder Marktformen anschließt, zugleich aber grundsätzliche Fragen zur Funktionsweise des Kapitalismus aufwirft und den Fokus auf die politische Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung legt.

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

Vi.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Wir bleiben dran – damit sich etwas ändert!

Vor einigen Wochen haben wir im Bankensektor ein Déjà-vu erlebt: Die Bankenkrise, die in den USA mit der Insolvenz der Silicon-Valley-Bank ihren Ausgang nahm, hat mit dem Notverkauf der Credit Suisse an die Schweizer UBS auch Europa erreicht (siehe auch S.4). Davor hatte Attac schon während der vorigen Bankenkrise gewarnt: Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, droht der nächste Zusammenbruch des Finanzsystems!

Attac setzt sich für nachhaltige Veränderungen ein. Das braucht oft, wie das Bankenthema zeigt, einen sehr langen Atem. Seit einiger Zeit haben wir jedoch leider einen Rückgang der Spendeneingänge zu verzeichnen; zu viele humanitäre Krisen bedürfen gerade direkter Unterstützung. Da ist es wichtig, das eine zu

tun und das andere nicht zu lassen. Denn wir sind auf Spenden angewiesen, um uns weiterhin aktiv einzumischen und konstant an Themen dranzubleiben, damit sich langfristig etwas ändert. Denn nur nachhaltige Veränderungen helfen dabei, humanitäre Krisen künftig zu verhindern.

Im Bankensektor fordern wir konkret: Es muss ein Ende haben, dass Gewinne privatisiert, Verluste aber auf die Gesellschaft abgewälzt werden. **Soziale Gerechtigkeit statt Umverteilung von unten nach oben – dafür engagiert sich Attac. Unterstütze uns bitte dabei mit einer Spende!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: Sybille Fuld

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

R B F 2 3 0 2

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE